

Information gemäß Art. 13 und 14 der Datenschutz- Grundverordnung für die Verwaltung der Erschließungs- und Anschlussbeiträge

Vorbemerkung

Die Stadt Mengen erhebt für die in ihrem Gebiet liegenden Grundstücke von den Eigentümerinnen und Eigentümern sowie den Erbbauberechtigten folgende Beiträge:

Zur teilweisen Deckung des Aufwands für die Anschaffung, Herstellung und den Ausbau der öffentlichen Abwasseranlagen wird ein Abwasserbeitrag nach Teilbeiträgen (Kanalbeitrag und Klärbeitrag) erhoben.

Zur teilweisen Deckung des Aufwands für die Anschaffung, Herstellung und den Ausbau der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen wird ein Wasserversorgungsbeitrag erhoben.

Zur Deckung der anderweitig nicht gedeckten Kosten für die erstmalige endgültige Herstellung von Anbaustraßen und Wohnwegen wird ein Erschließungsbeitrag erhoben.

Für die Durchführung von zugeordneten Ausgleichsmaßnahmen bei der Aufstellung von Bebauungsplänen wird ein Kostenerstattungsbetrag erhoben.

Hierbei müssen personenbezogene Daten verarbeitet werden.

Im Festsetzungsverfahren sind Daten personenbezogen, wenn sie einer natürlichen Person, einer Körperschaft (z.B. Verein, Kapitalgesellschaft), einer Personenvereinigung oder einer Vermögensmasse zugeordnet werden können. Keine personenbezogenen Daten sind veränderte Daten, die nicht mehr einer Person zugeordnet werden können oder Daten, die durch Schutzmaßnahmen Rückschlüsse auf die Betroffenen ausschließen (anonymisierte oder pseudonymisierte Daten).

Wenn die Stadt Mengen personenbezogene Daten verarbeitet, bedeutet das, dass sie diese Daten z.B. erhebt, speichert, verwendet, weiterverarbeitet, übermittelt, zum Abruf bereitstellt oder löscht.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Datenschutzinformationen

Stadtverwaltung	Mengen, Steueramt
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	<p>Bürgermeister Stefan Bubeck Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p> <p>Stv. Bürgermeisterin Brunhilde Raiser Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p>
Behördliche Datenschutzbeauftragte	<p>Ulrike Rögge Datenschutzbeauftragte der Stadt Mengen Hauptstr. 90, 88512 Mengen datenschutzbeauftragte@mengen.de</p>

<p>Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen</p>	<p>Um unsere Aufgabe zu erfüllen, die Anschluss- und Erschließungsbeiträge und den Kostenerstattungsbetrag nach den Vorschriften der Abgabenordnung und der Steuergesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben, benötigen wir personenbezogene Daten (§ 85 der Abgabenordnung i.V.m. § 3 Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg).</p> <p>Ihre personenbezogenen Daten werden in dem beitragsrechtlichen Verfahren verarbeitet bzw. weiterverarbeitet, für das sie erhoben bzw. zur Weiterverarbeitung übermittelt wurden</p> <p>Beispiel zur Verarbeitung: Sie informieren uns über Ihre neue Anschrift oder eine neue Bankverbindung. Diese Daten werden bei der Beitragsveranlagung verarbeitet.</p> <p>Beispiel zur Weiterverarbeitung: Für die Festsetzung der Anschlussbeiträge (Wasser und Abwasser) erhalten wir vom Baurechtsamt eine Mitteilung über eingegangene Baugesuche. Wir verarbeiten die mitgeteilten Daten weiter, indem wir sie bei der Beitragserhebung berücksichtigen.</p>
<p>Dauer der Speicherung</p>	<p>Personenbezogene Daten müssen wir solange speichern, wie sie für das Festsetzungsverfahren erforderlich sind. Maßstab hierfür sind grundsätzlich die steuerlichen Verjährungsfristen (§§ 169 bis 171 der Abgabenordnung sowie §§ 228 bis 232 der Abgabenordnung i.V.m. § 3 Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg).</p>
<p>Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)</p>	<p>Alle personenbezogenen Daten, die uns in einem beitragsrechtlichen Verfahren bekannt geworden sind, dürfen wir dann an andere Personen oder Stellen (z. B. an Verwaltungsgerichte, Rechtsaufsichtsbehörden oder andere Behörden) weitergeben, wenn Sie dem zugestimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist. Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Mitteilung der Namen und Anschriften von Grundstückseigentümern, die bei der Festsetzung der Beiträge bekannt geworden sind, an andere Behörden zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.
<p>Betroffenenrechte</p>	<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. <p>Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.</p>

	<p>d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des Steueramts gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).</p> <p>Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.</p> <p>e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).</p>
<p>Beschwerderecht</p>	<p>Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.</p>